



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juni 2022

Wir wollen keine 100 Mrd. Kriegsanleihe!



Am Samstag, dem 4.6. hatte die LINKE Hamburg zu einer Kundgebung gegen die 100 Milliarden für die Hochrüstung aufgerufen. RednerInnen u.a. Angelika Traversin, Rolf Becker, Holger Griebner, Metin Kaya und Andreas Grünwald. Foto DIE LINKE. Andreas' Beitrag s. S. 3f.

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe:
Donnerstag, 14.07.2022

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung zur BMV	S. 2
Redebeitrag Andreas	S. 3
Fünf Jahre G 20	S. 5
Elbtower: RBO meldet sich	S. 6
Immobilienforum: Protest	S. 6
Kühne Pläne: Oper	S. 7
Streik erfolgreich	S. 7
30 Jahre Pogrom in Rostock	S. 9
Gedenken an Otto Meissner	S. 11
Termine / Kontakt	S. 12

Einladung zur BMV am Donnerstag, 9. Juni

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Krieg in der Ukraine und an vielen anderen Orten dauert an, die aktuelle Ampelkoalition hat vor, in beispiellosem Maß aufzurüsten und pazifistische Positionen unterliegen einer massiven Denunziation in der medialen Debatte. Unsere guten Diskussionen und Initiativen haben diesbezüglich bereits Wirkung gezeigt, so hat am Samstag, 4.6., die aus Mitte und anderen Bezirken angestoßene Kundgebung wider das geplante 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen stattgefunden

Investitionen in großer Höhe sind also möglich, sie werden für soziale Verbesserungen dringend gebraucht, die eine friedvolle Entwicklung wirklich befördern. So widmen wir uns bei unserer nächsten BMV dem sozialen Grundrecht auf komfortables Wohnen. Wir laden euch daher ein zur nächsten BMV mit Vertreter:innen der Volksinitiativen „Hamburg Enteignet“ und „Keine Profite mit Boden und Miete“ am **Donnerstag, den 9. Juni 2022 von 18:15 bis 21:30 Uhr** in der Kaffeewelt, Böckmannstraße 4, 20099 Hamburg (großer Saal im EG).

Der Hamburger Senat musste vor kurzem (am 16. Mai) überrascht feststellen, dass das Wohnungsbauziel von 10.000 neuen Wohnungen 2021 um ganze 2.549 Wohnungen verfehlt wurde und nur 7.461 Wohnungen fertiggestellt wurden - Ups! Dazu sagt **Heike Sudmann**, unsere wohnungspolitische Sprecherin in der Hamburgischen Bürgerschaft: *„Die Wohnungs- und Mietpolitik des Senats ist krachend gescheitert. Es ist nicht erfolgreich, wenn fast 75 Prozent der Neubauwohnungen sauteuer sind. Es ist nicht erfolgreich, wenn der Mietenspiegel mit 7,3 Prozent den höchsten Anstieg seit Jahrzehnten aufweist!“* Doch seit 2011 sind die Mieten in Hamburg sogar um 26,9 % gestiegen, die Zahl der Sozialwohnungen ist von 99.944 auf 77.491 geschrumpft und die Zahl der vordringlich Wohnungssuchenden von 7.376 auf 13.079 gestiegen.

Der Senat und das Bündnis für das Wohnen bleiben also inhaltlich und faktisch die Antwort darauf schuldig, wie durch "Bauen, Bauen, Bauen" allein die Mietpreisentwicklung gestoppt und Mieten in **TAGESORDNUNGSVORSCHLAG:**

1. Begrüßung, Konstituierung

18:15 Uhr

2. Wie verwirklichen wir das soziale Grundrecht auf komfortablen Wohnraum?

Inputs der Inis "Hamburg Enteignet! & "Keine Profite mit Boden und Miete" mit anschließender Diskussion

18:30 Uhr

PAUSE

20:00 Uhr

Hamburg auf ein faires Niveau gesenkt werden können. Das Scheitern der Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre in Hamburg beweist erneut: Auf profitorientierte Unternehmen und private Investor:innen kann man nicht bauen.

Wir fordern, dass der Senat nicht nur seiner Pflicht nachkommt, überhaupt ausreichenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen - es müssen auch die richtigen Wohnungen sein, komfortabel und erschwinglich, mit dauerhafter Sozialbindung! In bezahlbarem, kommunalen Wohnraum wären 100 Mrd. Euro Sondervermögen mehr als gut angelegt. Wohnen ist ein Grundrecht - Mieten dürfen daher nicht länger unsere Einkommen nach oben umverteilen und den Kapitalstock von Rentenfonds, internationalen Aktiengesellschaften und Privatinvestor:innen mehren.

Um dieses Thema mit euch gemeinsam anzugehen, haben wir die beiden Hamburger Initiativen zur BMV eingeladen, die gerade Volksentscheide zum Thema in Hamburg vorbereiten. Es diskutieren mit uns: **Marco Hosemann** als Vertreter der Volksinitiative „Hamburg Enteignet!“ und **Gilbert Siegler** als Vertreter des Volksentscheids „Keine Profite mit Boden und Miete“.

Ein paar Thesen und Fragen vorab:

- DIE LINKE steht in Wahlumfragen nicht gut da. Anbiederei und Marketing helfen nicht weiter, im Gegenteil, damit werden Ambitionslosigkeit und Frust nur verstärkt. Es braucht echte Bewegung und Veränderung. Wie kann das Gelingen?

- Es braucht anspruchsvolle Sozialpolitik, die den ganzen Menschen als gesellschaftliches Wesen in den Blick nimmt: soziale und präventive statt profitorientierte Gesundheit, sinnvolle und gut bezahlte Arbeit (Mitbestimmung!) statt entfremdetes Ackern, Bildung und Kultur für mündige Bürger statt individualisierte Untertanen, gut ausgebauter und kostenfreier ÖPNV und vieles mehr. Dafür ist an allen Stellen der Klassenkonflikt präsent und ihm nicht auszuweichen. Wie wird dies bisher in den VIs reflektiert? Wie lässt sich diesbezüglich befreiter und mit Freude aufdrehen?

Fortsetzung und ggf. Beschlüsse

20:15 Uhr

3. Verschiedenes

21:00 Uhr

4. Ende

21:30 Uhr

Anreise: 7 Minuten zu Fuß ab U-Bahn/S-Bahn Hamburg Hauptbahnhof oder Berliner Tor.

Corona: Wir empfehlen, vor der Versammlung einen Corona-Schnelltest zu machen.

Barrierefreiheit: Die Kaffeewelt ist leider nicht vollständig barrierefrei. Solltet ihr Hilfe benötigen meldet euch bitte beim Vorstand: info@die-linke-hamburg-mitte.de

Weitere Termine:

- Bundesparteitag am 24.-26. Juni meldet euch gerne bei Interesse, dort als Gast dabei zu sein.

- Nächste BMV voraussichtlich am Samstag, 9. Juli 2022: Bericht und Auswertung des Bundesparteitags sowie Wahl der Delegierten für den Landesparteitag

- Wir weisen an dieser Stelle auch darauf hin, dass wir noch eine Genossin in den Vorstand nachwählen können und die Finanzrevisionskommission neu gewählt werden muss. Wir freuen uns über Interessensbekundungen. Kontaktiert uns gerne, wenn ihr Fragen habt!

Herzlich und solidarisch i.A. des Bezirksvorstandes DIE LINKE Hamburg-Mitte,

Maria Bronner und Alexander Benthin

Dokumentiert: Friedenskundgebung Die LINKE Hamburg, 4. Juni auf dem Gänsemarkt:

Redebeitrag Andras Grünwald:

Sagt Nein zum 100-Mrd-€-Kriegskredit

Liebe Freundinnen und Freunde, Krieg ist ein Verbrechen. Aufrüstung, wie sie jetzt geschieht, ist die Vorbereitung eines solchen Verbrechens.

Ziemlich verlogen wird diese Aufrüstung mit dem gegenwärtigen Krieg in der Ukraine begründet. Selbstverständlich – wir sind uns einig: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist nicht zu legitimieren und er muss beendet werden! Zur Wahrheit gehört aber auch: Dieser Krieg ist nicht einfach so vom Himmel gefallen. Und es gibt ihn auch nicht deshalb, weil wir es in Moskau mit einem „irren Despoten“ zu tun haben. Das ist (westliche) Kriegspropaganda. Nein! Das Entstehen dieses Kriegs hat ziemlich zentral auch mit der kriegstreiberischen Politik der NATO und der USA zu tun, die russische Sicherheitsinteressen über Jahrzehnte missachtete.

Erstens durch den Bruch aller Vereinbarungen von 1990, die Nato nicht nach Osten auszuweiten. Zweitens durch neue Raketenysteme entlang der westlichen Grenzen Russlands. Drittens durch die einseitige Kündigung von Abrüstungsverträgen, was ein neues Wettrüsten auslöste. Und viertens mit dem Projekt „Modernisierung der Atomwaffen“.

Der russische Präsident, dessen „Großrussland“-Äußerungen wir zurückweisen, hatte diesen rationalen Teil russischer Interessen in den vorherigen Verhandlungen mit den USA immer wieder benannt: Die Integration der Ukraine in die NATO, dazu der gekündigte INF-Vertrag, ermögliche es US-Mittelstreckenraketen in der Ukraine zu stationieren. Auch neue Hyperschall-Waffen, Dark-

Eagle, für die eine Stationierung in Charkiw bereits im Gespräch war. Von dort würden sie Moskau in 4 Minuten erreichen.

Die Perspektive einer neutralen Ukraine, als Mittler zwischen Ost und West, wurde indes vom Westen aufgegeben. Auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz spielte das völkerrechtlich bindende Minsk-II-Abkommen keine Rolle mehr.

Um Weltmacht zu bleiben sind Europa und Russland für die USA von zentraler Bedeutung. Dazu notierte Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von Jimmy Carter, bereits vor 25 Jahren: Nichts ist für die USA gefährlicher, als eine ökonomische Achse Europa-Russland, an der die USA nicht partizipieren. Die wird nun gekappt. Brzezinski war es auch, der schon vor 25 Jahren für eine Nato-Osterweiterung plädierte, inklusive der Ukraine. Damals sagte er, ich zitiere wörtlich: „Da die EU und die Nato sich nach Osten ausdehnen, wird die Ukraine (...) vor der Wahl stehen, ob sie Teil dieser Organisationen werden möchte“. Das aber werde der entscheidende Schritt zur Schwä-



chung Russlands sein. Der jetzige US-Präsident wiederholte das erst vor einigen Jahren.

In den Medien wird suggeriert: die NATO sei ein Verteidigungsbündnis. Doch wofür dann schon jetzt jährlich 1,2 Billionen Dollar in die Aufrüstung? Das 20-fache der Rüstungssumme in Russland – und mehr als alle anderen Länder dieses Planeten zusammengenommen. 550 Atomwaffen unterhalten die Nato und die NATO-Staaten allein in Europa. An 13 Angriffskriegen war sie direkt oder indirekt seit 1947 beteiligt. Wir erinnern uns an das 78-tägige Bombardement von Jugoslawien, an die Kriege gegen Libyen, den Irak und andere Länder, die Millionen das Leben kosteten.

Entstanden im Kalten Krieg wollte die NATO die Sowjetunion totrüstet. Mit der Truman-Doktrin entstanden Pläne, wie man die UdSSR und später Russland in kleine Teile zerlegt, um sie besser auszubeuten. Dass die Putin-Administration diesen Zersetzungsprozess stoppte, wird ihr nicht verziehen.

Vier Jahrzehnte hatte die NATO behauptet, sie schütze uns vor dem Kommunismus. Doch nach der Wende dachte sie überhaupt nicht daran sich aufzulösen. Sie erwies sich als der Bastard, der sie immer war:

Mit einem „erweiterten Sicherheitsbegriff“ erklärte 1991 der Gipfel in Rom nun den „Terrorismus“ zum Feind. Später wurden Ressourcenkrisen oder gescheitert erklärte Staaten zu offiziellen Interventionsgründen.

Das ist stilbildend für alle US- und NATO-Strategien bis heute. Es schließt die Einkreisung Russlands (und Chinas) durch Militärstützpunkte ein. Dazu kommt „Hybride Kriegsführung“. Das ist das, was wir 2014 auf dem Maidan erlebten. Soziale Proteste werden mit geheimdienstlichen Aktivitäten so umgemünzt, dass ein Regime-Change möglich wird.

Ich sage: mit dieser NATO gibt es keinen Frieden. Sie muss aufgelöst und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands ersetzt werden!

Deutschland beteiligt sich an der Aufrüstung wie kein anderes Land. Werden das 100 Milliarden-Programm und die 2-Prozent-Ziele umgesetzt, hätten wir den drittgrößten Militäretat weltweit. Die Regierung liefert nun schwere Waffen in die Ukraine. Damit sind wir ein Teil dieses Krieges! Denn einerseits ist das ein Angriffskrieg auf die Ukraine, andererseits aber auch längst schon ein Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland. Dazu gehört der Wirtschaftskrieg, dessen

Ziel Außenministerin Baerbock wie folgt benannte: Man wolle „Russland ruinieren“. Wer sowas sagt, dem geht es nicht um „gezielte“ Sanktionen, sondern um eigene imperiale Interessen.

Sozial schneiden wir uns damit ins eigene Fleisch. Absatzmärkte und Arbeitsplätze fallen weg, die Erhöhung der Energie- und Lebensmittelpreise, die Inflation, rauben uns schon jetzt ein ganzes Monatseinkommen. Dazu kommen die Kriegskredite. Das wird viele Millionen EU-Bürger in wirtschaftliche Not stürzen – in eine neue Rezession, möglicherweise mit Massenarbeitslosigkeit.

Die Profiteure dieser desaströsen Politik sitzen in Washington und in der Rüstungsindustrie. Deren Aktienkurse haben sich vervielfacht, während Friedrich Merz nun von „Leistungsverzicht“ und Rentenkürzungen schwätzt.

Keine Frage: Der russische Angriff wird mit großer Brutalität geführt. Aber genauso unverantwortlich ist es diesen Krieg durch schwere Waffen endlos zu verlängern und weiter zu eskalieren. Denn wer auf einen Abnutzungskrieg oder darauf setzt Russland zu besiegen, hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Wir müssen es deutlich sagen: abseits eines Atomkrieges wird es keinen Sieger in diesem Krieg geben. Und der würde schon in den ersten Minuten mit Millionen von Toten zu bezahlen sein.

Als Friedensbewegung, als Linke, fordern wir Diplomatie und Verhandlungen. Italien hat dafür einen Vorschlag unterbreitet, der an Minsk-II anknüpft. Der wurde freilich in den USA und in Kiew sofort zurückgewiesen. Ein Handeln, aus dem Deutschland aussteigen muss. Die historische Verantwortung für den faschistischen Vernichtungskrieg, der sowohl Russland, als auch die Ukraine betraf, erfordert eine Vermittlerrolle.

Die für das neue Aufrüstungsprogramm erforderlichen Kredite sind Kriegskredite. Die benötigen wir nicht, soll es keinen neuen Weltkrieg geben.

Auch die 20 in Deutschland befindlichen US-Atombomben müssen abgezogen werden. Neue Hyperschallwaffen in Bayern oder F35-Tarnkappenbomber, nuklear bestückt, machen das Leben nicht sicherer.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir setzen auf Entspannung statt auf Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr! Wir sagen Nein zum Krieg! Die Waffen nieder! Wir sagen Nein zu den Kriegskrediten und zur weiteren Aufrüstung der NATO-Staaten und insbesondere in Deutschland!

Fünf Jahre G20

Fünf Jahre nach dem G20 und den heftigen Auseinandersetzungen ist kein Polizeibeamter wegen rechtswidriger Polizeigewalt verurteilt, kein einziges Verfahren wurde bisher von der Staatsanwaltschaft eröffnet. Auch nicht in eindeutigen und schwerwiegenden Fällen, in denen abseits aller Auseinandersetzungen Menschen von Polizei angegriffen und schwer verletzt wurden. „Polizeigewalt hat es nicht gegeben“, hatte Scholz vor fünf Jahren verkündet, und die Staatsanwaltschaft hat das offensichtlich als Weisung empfunden.



Hunderte Polizisten bereiten sich auf den Einsatz gegen das Camp vor (Fotos: C. Schneider)

Allerdings gibt es auch (vorläufig jedenfalls) Erfreuliches. Das Verwaltungsgericht (VG) hatte am 4. Mai geurteilt: „Die Absperrung des Zugangs zu der Halbinsel Entenwerder (am Sonntag, 2.7., dem ersten Tag der Protestwoche) zur Errichtung eines Protestcamps anlässlich des G20-Gipfeltreffens wie auch die Untersagung des Camps und das Verbot von Schlafzelten waren rechtswidrig.“ Der Innenbehörde wurde eine Frist von einem Monat nach Zustellung des schriftlichen Urteils gegeben, um Berufung einzulegen. Das schriftliche Urteil liegt ihr inzwischen vor, ob sie in Berufung geht, ist noch nicht bekannt.

Auf jeden Fall jedoch bedeutet der Beschluss des VG eine kräftige Niederlage für die Polizeiführung und ihren Dienstherrn Andy Grote. Es bestätigt die Position der G20-Gegner:innen, die mit einem entsprechen-

den Beschluss des VGs im Rücken am 2.7.2017 das erkämpfte Recht auf den Aufbau eines Camps in Entenwerder in die Tat umsetzen wollten und durch Polizeigewalt daran gehindert wurden – die Demonstrant:innen hatten das damals als „Putsch der Exekutive gegen die Judikative“ kritisiert. Darüber hinaus aber urteilte das VG Anfang Mai auch, und das ist nicht weniger bedeutsam: „Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts stellte das angemeldete Protestcamp (jedenfalls in erheblichen Teilen) eine Versammlung im Sinne von Art. 8 Abs. 1 GG dar.“ Genau das hatten Dudde und Grote vehement bestritten.

Damals hatte die Linksfraktion wegen der Missachtung des VG-Beschlusses, der die Errichtung eines Camps genehmigte, den Rücktritt von Innenminister Grote gefordert. Wird das jetzige Urteil rechtskräftig, muss der Putsch von Polizeiführung und Grote gegen das Gericht, wenn auch fünf Jahre zu spät, Folgen haben.

Bisher wurde nicht bekannt, dass es Veranstaltungen zu „5 Jahre G20“ geben wird. Im Rahmen des Master-Studiengangs Journalistik und Kommunikation entstand der fünfteilige Podcast „INSIDE G20 – Hamburg zwischen Gipfel und Abgrund“ mit zahlreichen Gesprächspartner:innen. Die erste Folge erschien am 2. Juni, die fünfte wird am 7. Juli erscheinen. Hier ist der Link: <https://anchor.fm/insiddeg20>



Christiane Schneider

Im Schatten des Elbtowers

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, MdHB

Wer braucht eigentlich den „Elbtower“, einen 245 Meter hohen Büro-Hotel-Turm, garniert mit einigen „publikumsbezogenen Nutzungen“, der bis 2025 an den Elbbrücken entstehen soll? Welcher abgehobene Gigantismus plagte erst Ex-Bürgermeister Scholz und jetzt Stadtentwicklungssenatorin Stapelfeldt, ein solches Ungetüm – „das höchste Gebäude Norddeutschlands und eines der anspruchsvollsten Bauwerke der Welt“ (ZEIT online vom 15.11.2021) – in die Welt setzen zu wollen? Gegen den massiven Widerstand von Architekt:innen, Stadplaner:innen und selbst von größeren Teilen der SPD? Und wer trägt eigentlich langfristig das Risiko bei diesem extravaganten Bau an den Elbbrücken? Sowohl mit Blick auf die Standfestigkeit – gebaut wird auf Sand! – als auch hinsichtlich der 700 Mio. Euro, auf die der Wolkenkratzer vorerst taxiert ist? Und um welche seltsamen Abmachungen der Stadt mit dem umstrittenen Investor René Benko geht es dabei?



Quelle: <https://www.signa.at/de/real-estate/elbtower-hamburg/>

Fast gar nicht zu vernehmen sind Stimmen aus der unmittelbaren Nachbarschaft dieses Riesengebäudes. Menschen und Initiativen aus Rothenburgsort, von der Veddel und aus der HafenCity sind bisher einfach nicht gefragt worden, was sie vom Elbtower halten. Und auch nicht dazu, was sie befürchten oder sich gar wünschen oder fordern. Die Linksfraktion holt das jetzt nach und lädt die Bürger:innen vorrangig der betroffenen Stadtteile ein zur Diskussion.

Im Schatten des Elbtowers – Nachbar:innen melden sich zu Wort

Veranstaltung der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Mit Bürger:innen und Initiativen aus dem „Elbbrückenquartier“

und **Heike Sudmann**, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion

Donnerstag, 23. Juni 2022, 20.00 Uhr

Haus der Jugend Rothenburgsort, Billhorner Deich 55



Protest gegen das Immobilienforum

Am **13.06.** findet in **Hamburg** das 8. **Immobilienforum** statt. Mit dabei das Who is Who der Immobilienbranche, Unternehmensvertreter_innen und Verantwortliche aus der Politik. Bewusst ausgeschlossen sind die Mieter*innen, denn die können sich die absurden Eintrittspreise von 1600€ nicht leisten.

Geplante Proteste:

- 17:30 Kundgebung in der Seewartenstraße am Hotel Hafen Hamburg, wo die Tagung stattfindet.
- ca. 18:00 Demo von dort zur Alster
- ca. 18:00 Boots-Demo auf der Alster von der Kennedybrücke zum Portonovo (alsterseitig)
- ca. 19:00 Kundgebung am Ristorante Portonovo, Alsterufer 2, 20354 Hamburg

Mehr auf der Webseite:

<http://hamburg-enteignet.de/2022/05/27/save-the-date-nein-zum-immoforum/>.

Staatsoper: Kühne Pläne mit einem vergifteten Angebot

Er macht seinem Namen alle Ehre: Klaus-Michael Kühne, Hamburger Milliardär mit steuergünstigem Wohnsitz in der Schweiz, verkündete Ende Mai im „Spiegel“ kühne Pläne. Zusammen mit dem Elbtower-Investor René Benko wolle er für die Stadt eine neue Oper in der HafenCity bauen. Die alte Staatsoper sei ja asbestverseucht und hätte eine schlechte Akustik. Gut 400 Mio. Euro solle sein Neubau kosten, der Stadt würde er ein Mietkaufmodell anbieten. Die Staatsoper am Gänsemarkt solle dann abgerissen werden, um Platz für ein Immobilienprojekt der beiden Milliardäre zu machen.



Das Objekt der (Abbruch-)Begierde (Foto: HS)

Das ist mehr als ein vergiftetes Angebot. Die Staatsoper trotz Denkmalschutz mit fadenschei-

nigen Behauptungen über Akustik und Asbest abreißen zu wollen, zeigt, dass es nicht um die Kultur geht. Auch nicht um die Entwicklung der Innenstadt, denn die Staatsoper trägt zur notwendigen Belebung der City bei.

Diese Opern-Pläne lassen bei mir die Alarmglocken in den höchsten Tönen schrillen. Denn ganz sicher geht es nicht um ein gemeinnütziges Vorhaben, sondern um knallharte Wirtschaftsinteressen der Herren Kühne und Benko. Oder glaubt irgendjemand, dass das höchste Ziel der beiden nicht die Rendite, sondern z.B. sozialer Wohnungsbau sei? Herr Benko besitzt übrigens bereits viele zentrale Grundstücke in der Innenstadt. Sein Droh- und Druckpotential gegenüber Stadt und Senat ist schon jetzt viel zu hoch. Noch eine Bebauung nach seinem Gusto darf es nicht geben.

Die Mopo hat in einem Kommentar „Kühne sollte lieber Steuern zahlen“ (Ausgabe vom 31.5.22, S. 2) sehr schön auf den Punkt gebracht, was für die Stadt besser wäre als dieses vergiftete Angebot. Der Mann mit dem 33 Mrd. Euro großen Vermögen (andere Quellen sprechen gar von 44 Mrd.) sitzt auch mit seiner Firma aus steuerlichen Gründen in der Schweiz. „Würden Leute wie Kühne also normal Steuern zahlen, könnten wir uns ein Dutzend neuer Opernhäuser kaufen. Vor allem würde die Allgemeinheit entscheiden, wofür das Geld ausgegeben wird.“

Heike Sudmann

Streik der Beschäftigten in Kitas, Sozial- und Erziehungsdiensten

Beschäftigte in den Sozial- und Erziehungsdiensten haben mehr Gehalt und Wertschätzung verdient

Bereits im März 2020(!) hatte die Gewerkschaft ver.di der kommunalen Arbeitgeberseite ihre Forderungen für die rund 3.330.000 Tarifbeschäftigten dieser Bereiche vorgelegt:

Verbesserung der Eingruppierungen, die Anpassung der Stufenlaufzeiten, eine vollständige Anerkennung der Berufserfahrung, die Berücksichtigung der Änderungen in der Behinderten- und Jugendhilfe, eine Verbesserung der Bewertung der Leitungstätigkeit und einen Rechtsanspruch aller Beschäftigten auf berufliche Qualifizierung und Weiterbildung. Die erste Reaktion der Arbeitgeber war verhalten. Durch die Corona-Pandemie wurden die Verhandlungen gestoppt.

Es geht den Gewerkschaften bei diesen Forderungen um eine sichtbare Wertschätzung der Beschäftigten in und für deren Arbeit: durch bessere Arbeitsbedingungen, höhere Gehälter. Un-

trennbar mit diesen Hauptforderungen ist auch die Dritte verbunden: eine Bekämpfung des Fachkräftemangels. Eine weit verbreitete Unzufriedenheit in diesen Bereichen führt zu hohen Personalfluktuationen (-wechseln).

Das Deutsche Jugendinstitut in Leipzig geht davon aus, dass bis 2025 bundesweit 1,2 Millionen Kita-Plätze und 300.000 (aktuell 173.000) Fachkräfte fehlen.

Bislang schienen die Arbeitgeber nicht verstanden zu haben, " dass es bereits fünf nach Zwölf" ist. Weder bei dem Thema Entlastungen noch bei der finanziellen Anerkennung kamen die Arbeitgeber den Beschäftigten - seit Jahren - entgegen. Und Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel bedeuteten für sie lediglich zaghafte - örtlich begrenzte - Werbekampagnen für die sozialen Berufe und/oder der Einsatz fachfremder Arbeitskräfte

(oft nur mit schlecht bezahlten Honorarverträgen). Aufgrund der ausbleibenden Reaktionen der kommunalen Arbeitgeberverbände kündigte die Ver.di-Bundestarifkommission die Regelungen zu den Tätigkeitsmerkmalen und zum Gesundheitsschutz zum 31.12.2021. Mit dem 25. Februar 2022 begannen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste in Kitas, Schulen, heilpädagogischen Bereichen und in der Behindertenhilfe.



Vor dem Rathaus...

Noch vor der 3. Runde ließ die Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber, Karin Welge, verlauten: ... ", dass eine höhere Eingruppierung von Beschäftigten aus Kostengründen nicht umsetzbar sei. Eine allgemeine Aufwertung in dem Sinne, dass jede Entgeltgruppe mehr Geld bekommt, können wir uns nicht leisten. ... ".



... und am Hauptbahnhof (Fotos ver.di)

Seit der ersten Verhandlungsrunde Mitte Januar hatten sich rund 45 000 Beschäftigte an bundes-

weiten eintägigen Streiks beteiligt - aufgerufen von Verdi, GEW und Beamtenbund dbb. In Hamburg demonstrierten zuletzt am 13. Mai rund 2.200 KollegInnen. Zahlreiche Einrichtungen mussten geschlossen oder auf "Notbetrieb" umgestellt werden. Die Gewerkschaften drohten, dass, wenn es jetzt nicht zu einem Abschluss kommen würde, die "Streiks massiv ausgeweitet werden müssten". Am 18. Mai wurden - nach der 3. Verhandlungsrunde - die vorläufigen Ergebnisse bekannt gegeben:

Alle Beschäftigten sollen pauschal 2 zusätzliche freie Tage erhalten. Ab Juli wird eine monatliche Zulage für ErzieherInnen von 130 Euro und für SozialarbeiterInnen von 180 Euro gezahlt. Beschäftigte in der Behindertenhilfe erhalten die Zulage entsprechend ihrer Tabelleneingruppierung. Die Zulage kann - auf Wunsch der Beschäftigten - in bis zu 2 weitere Entlastungstage umgewandelt werden. Dazu sieht das Einigungspaket zahlreiche Verbesserungen vor, die zu einer höheren Eingruppierung führen: Erstmals wird eine Zulage für die Praxisanleitung in Höhe von 70 Euro gewährt; die Auszubildenden der Heilerziehungspflege erhalten ebenfalls zum ersten Mal eine tarifliche Ausbildungsvergütung.

Darüber hinaus werden ab 1.10.2024 die Stufenlaufzeiten wieder an die allgemeinen Tabellen im öffentlichen Dienst angepasst, so dass schnellere Stufenaufstiege erfolgen und Entwicklungsmöglichkeiten wiederhergestellt werden.

Der Ver.di-Vorsitzende Frank Werneke sagt, dass dieses ein maßgeblicher Schritt sei, die Berufe attraktiver zu machen und gegen den Fachkräftemangel vorzugehen. Auswirkungen hat der Abschluss allerdings noch für weitere Beschäftigte, da viele in konfessionellen (kirchlichen) Einrichtungen oder bei anderen Trägern, z.B. bei der AWO, arbeiten. Die Auseinandersetzungen um diesen Tarifvertrag - speziell für die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst - geben aber auch Kraft für die nächste anstehende Tarifrunde zu Lohn- und Gehaltszahlungen im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen in 2023!

Jetzt müssen nur noch die Gewerkschaftsmitglieder - in örtlichen Beratungen - über das Verhandlungsergebnis beraten und dem Abschluss zustimmen oder ihn ablehnen.

-ena

Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992

Im August jährt sich zum 30. Mal das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Aus diesem Anlass ruft ein großes und vielfältiges Rostocker Bündnis für den 27. August zu einer bundesweiten Demonstration in Rostock-Lichtenhagen auf. In Hamburg hat sich auf Einladung des HBgR ein Bündnis gebildet, um zu dieser Demonstration zu mobilisieren.

Fünf Tage lang wütete im August 1992 ein rassistischer Mob in Rostock-Lichtenhagen gegen das „Sonnenblumenhaus“ und die Menschen, die sich darin aufhielten. Unter den Augen der Polizei und angefeuert von Anwohner:innen griffen sie immer wieder die im „Sonnenblumenhaus“ untergebrachte Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber:innen mit Steinen und Brandbomben an. Lichtenhagen war nicht der erste massive rassistische Gewaltausbruch. Schon seit Ende der 1980er Jahre hatten CDU und CSU die „Asylfrage“ auf die Tagesordnung gesetzt. Ihre Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts gewann nach der „Wiedervereinigung“ an Wucht und befeuerte rassistische Gewaltexzesse gegen Geflüchtete, die im September 1991 mit den Ausschreitungen in Hoyerswerder einen ersten Höhepunkt erreichten.



Brennendes Auto eines Vietnamesen

Die furchtbaren Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen ein knappes Jahr später waren geprägt durch eine stillschweigende Kumpanei von Rechtskonservativen, Sicherheitsbehörden, organisierten Neonazis, einem entfesselten Mob und biederem Bürger:innen. Die Polizei war tagelang nur mit geringen Kräften vor Ort und zog sich auf dem Höhepunkt sogar teilweise zurück. Unter den bekannten Nazikadern aus der ganzen Re-

publik, die spätestens am zweiten Tag nach Lichtenhagen kamen, war auch der Hamburger Christian Worch, der aus seinem Auto heraus per Funkgerät die Angriffe auf das „Sonnenblumenhaus“ steuerte. Vor allem Politiker der CDU versuchten nicht nur, das Pogrom kleinzureden oder „Linksautonome“ verantwortlich zu machen. Sie nutzen vielmehr das Pogrom, um die lange zögerliche SPD unter Druck zu setzen, der Verstümmelung des Asylrechts zuzustimmen. So forderte etwa der Bundesinnenminister auf einer Pressekonferenz am dritten Tag des Pogroms, der Staat müsse nun handeln – „gegen den Missbrauch des Asylrechts, der dazu geführt hat, dass wir einen unkontrollierten Zustrom in unser Land bekommen haben“. Ähnlich äußerten sich andere Politiker. Die SPD knickte ein – im Dezember 1992 wurde die Verstümmelung des Asylrechts zwischen CDU/CSU und SPD vereinbart, im Mai 1993 durch eine Gesetzesänderung besiegelt.

Das Rostocker Pogrom und seine politischen Folgen heizten die rassistische Gewalt in der ganzen Bundesrepublik weiter an. Diese gipfelte in der Folge in den Brandanschlägen im Dezember 1992 in Mölln, bei dem drei Menschen ermordet wurden, im Mai 1993 in Solingen, dem fünf Menschen zum Opfer fielen, und im Januar 1996 in Lübeck, bei dem zehn Menschen ihr Leben verloren. Die militante bundesdeutsche Naziszene fühlte sich bestärkt und radikalisierte sich weiter. 1998 tauchten drei Neonazis aus Jena ab und ermordeten, unterstützt von einem Netzwerk Gleichgesinnter, zwischen 2000 und 2007 neun migrantische Kleingewerbetreibende und eine Polizistin.

Christiane Schneider

Hier der Aufruf zur bundesweiten Demonstration:
Damals wie heute: Remember heißt verändern!

30 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen

27. August 2022 – 14 Uhr – Rostock-Lichtenhagen

30 Jahre nach dem rassistischen Pogrom werden wir am 27. August 2022 gemeinsam in Rostock-Lichtenhagen auf die Straße gehen. Denn rassistische Gewalt und institutioneller Rassismus gehen bis heute Hand in Hand. Dem Remembern muss ein Handeln folgen.

Rostock im August 1992. Im Stadtteil Lichtenhagen werden über drei Tage hinweg Geflüchtete und ehemalige Vertragsarbeiter:innen aus Vietnam angegriffen. Die Polizei schreitet gegen den zeitweise aus mehreren tausend Menschen bestehenden Mob kaum ein und zieht sich schließlich ganz zurück. Die Angreifer:innen werfen daraufhin Brandsätze in das Haus. Mehr als 120 Menschen retten sich über das Dach des Gebäudes. Bis heute scheut sich die Hansestadt Rostock dieses Pogrom klar als solches zu benennen.



Das Sonnenblumenhaus (Quelle: Wikipedia)

Wir fordern:

Den Angriff in Lichtenhagen 1992 als rassistisches Pogrom benennen!

Das brennende Sonnenblumenhaus ist bis heute ein Symbol rechter Gewalt. Aber nicht nur hier und nicht nur 1992 werden unzählige Menschen durch rechte und rassistische Gewalt verletzt, getötet und traumatisiert – Lichtenhagen war und ist kein Einzelfall.

Wir fordern:

Rassistische Gewalt benennen und bekämpfen!

Dem Pogrom in Lichtenhagen vorausgegangen ist eine jahrelange Kampagne zur Verschärfung des Asylrechts durch konservative Parteien. Im Nachgang des Ereignisses gab es für Asylsuchende keinen besseren Schutz, sondern Abschiebungen und Lagerunterbringung. Die Asylgesetzverschär-

fungen trafen wie die rassistische Debatte im Vorfeld besonders Rom:nja. Die betroffenen ehemaligen „Vertragsarbeiter:innen“ führten wie viele ihrer ehemaligen Kolleg:innen jahrelange Kämpfe um ihr Bleiberecht.

Wir fordern:

Abschiebestopp und Bleiberecht für Rom:nja und alle Betroffenen rassistischer Gewalt!

Wenige Monate nach dem Pogrom, im April 1993, wird das Aufnahmelager Nostorf-Horst errichtet. Statt Geflüchtete vor rechter Gewalt zu schützen, werden sie fortan im Wald isoliert. Weitab von Einkaufsmöglichkeiten und anderer Infrastruktur leben hier seitdem Menschen für Monate oder Jahre. Das Lager in Nostorf-Horst kann als Prototyp der Erstaufnahmeeinrichtungen verstanden werden, aus denen Geflüchtete direkt abgeschoben werden können.

Wir fordern:

Dezentrale Unterbringung jetzt! Auflösung der Aufnahmeeinrichtung in Nostorf-Horst und aller Sammellager!

Gegen rechte Gewalt und staatlichen Rassismus kämpfen seit Jahrzehnten viele Menschen, zum Beispiel in migrantischen Selbstorganisationen, als Antifas oder in lokalen Gedenkinitiativen. Dabei ist ein selbstbestimmtes Gedenken Betroffener wichtige Voraussetzung für Aufarbeitung und Erinnerung.

Wir fordern:

Perspektiven und Forderungen Betroffener in den Mittelpunkt stellen!

Der Kampf gegen Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus darf sich nicht auf einzelne Jahrestage beschränken. Rostock wurde etwa zehn Jahre nach dem Pogrom auch Schauplatz eines NSU-Mordes. Die Verstrickungen des NSU in MV sind bis heute unzureichend aufgearbeitet. Das Gedenken muss mehr sein als ein kurzes Innehalten. Erinnerung braucht Räume, Orte und Widerstand. Wir müssen uns der Namen der Opfer erinnern.

Wir fordern:

Umbenennung des Neudierkower Wegs in Mehmet-Turgut-Weg!

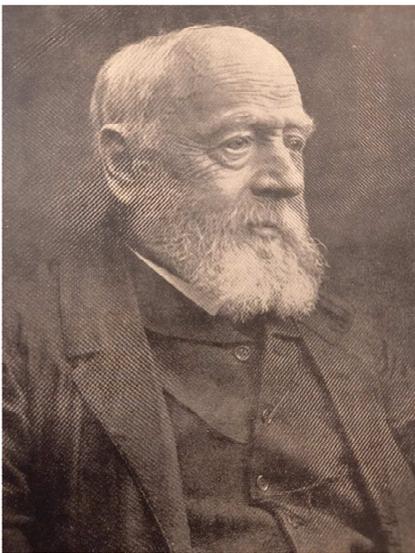
Wir werden in Lichtenhagen gemeinsam für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Ausgrenzung und Unterdrückung auf die Straße gehen. Wie es die Aktivist:innen in Hanau formulieren:

Erinnern heißt verändern!

Gedenken an den Verleger von Marx und Engels

Von Michael Joho, St. Georg

Viele Leser:innen des „MitteNmag“ werden vermutlich schon in einen der berühmten blauen Bände hineingeblättert oder darin gelesen haben. Beispielsweise im Band 23 der Marx-Engels-Werke (gewöhnlich zitiert als MEW), der das Hauptwerk von Karl Marx (1818-1883) enthält: „Das Kapital. Der Produktionsprozess des Kapitals“. Und wer genau hinschaut, der wird am Anfang dieses Bandes – aber auch in vielen anderen „Kapital“-Ausgaben – sehen, dass die Faksimile-Titelseite der ersten Ausgabe des Marxschen Klassikers als Verleger den Namen Otto Meissner (1819-1902) aufweist. Meissner hat nicht nur verschiedene Werke von Marx und Friedrich Engels (1820-1895) aufgelegt, er war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einer der bedeutendsten Verleger fortschrittlich-demokratischer Literatur sowie einer großen Anzahl wichtiger Hamburgensien wie z.B. des Prachtbandes „Hamburg und seine Bauten“ von 1890, der noch heute unter diesem Titel fortgeführt wird vom „Architekten- und Ingenieur-Verein Hamburg e.V.“.



Meissner ist zwar in Quedlinburg geboren worden und hat sein Buchhändler-Handwerk in Magdeburg erlernt, ab 1842 war seine Wirkungsstätte allerdings Hamburg, zunächst als rechte Hand des ebenso bedeutenden Verlegers Julius Campe (1792-1867), dann als selbständiger Buchhändler und Verlagsleiter.

Und so zieren weltweit alle „Kapital“-Ausgaben mit dem Titelblatt von 1867 nicht nur die Worte „Verlag von Otto Meissner“, sondern auch der Entstehungsort Hamburg. Jürgen Bönig hat in einem 2017 bei VSA erschienenen Buch viele wichtige neue Details über „Karl Marx in Hamburg“ zusammengetragen, darunter die Information, dass Marxens Verleger Meissner mit seiner Familie von 1856 bis zu seinem Tod durchgängig in St. Georg gelebt hat, ab 1861 in dem von ihm erworbenen Haus Gurlittstraße 31.

Die Geschichtswerkstatt St. Georg e.V. würdigt nun einen weithin in Vergessenheit geratenen,

aber eigentlich doch berühmtesten Bewohner des Stadtteils. Am Samstag, den 2. Juli, 14.00 Uhr, wird am heutigen Gebäude Gurlittstraße 31 in einem feierlichen Akt eine Gedenktafel für Otto Meissner angebracht. Sprechen werden an diesem frühen Nachmittag die Bildhauerin Ricarda Wyrwol (die die Gedenktafel entworfen und hergestellt hat),

Dr. Kay H. Kohlhepp (Haus-eigentümer der Gurlitt-

straße 31 und deutsch-französischer Verleger mit Sitz in Paris), Dr. Jürgen Bönig (Autor der im Sommer ebenfalls bei VSA publizierten Meissner-Biographie), Rolf Becker (Schauspieler), Werner Frömming (ehemals für die Stadtteilkultur in der Kulturbehörde Hamburg zuständig) und Michael Joho (Vorsitzender der Geschichtswerkstatt und Verfasser der an diesem Tag veröffentlichten Broschüre „Otto Carl Meissner und St. Georg“). Bereits um 10.30 und 11.45 Uhr finden zwei jeweils einstündige Führungen durch die Werkstatt von Ricarda Wyrwol in der Koppel statt. Dafür ist allerdings eine Voranmeldung bei der Geschichtswerkstatt vonnöten: Tel.040/571 386 36 AB oder per E-Mail an info@gw-stgeorg.de.

Die Gedenktafel ist noch längst nicht ausfinanziert, die Geschichtswerkstatt bittet um Spenden. Mehr dazu findet sich in einem vierseitigen Info zu Otto Meissner unter www.gw-stgeorg.de. (Fotos Meissner und Tafel: M. Joho)



Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Donnerstag, 09.06., 18:15 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung

Kaffeewelt ,Böckmannstraße 2 (s.S. 2)

Donnerstag, 09.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**

Gaststätte „Schweinske“, Möllner Landstraße 2

Donnerstag, 09.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**

Nebenraum des Restaurants Maharaja,
Detlev-Bremer-Straße 41, 20359 Hamburg (

Montag, 13.06., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**

Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 15.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**

Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 21.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Bürgerhaus Wilhelmsburg

Donnerstag, 23.06., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**

Sitzungssaal, Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

Juli 2022

Dienstag, 05.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Montag, 11.07., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**

Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 14.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**

Gaststätte „Schweinske“, Möllner Landstraße 2

Donnerstag, 14.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**

Nebenraum des Restaurants Maharaja,
Detlev-Bremer-Straße 41, 20359 Hamburg)

Dienstag, 19.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Mittwoch, 20.07. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**

GW, Hansaplatz 9

Die **Stadtteilgruppe HaHoBo** trifft sich sporadisch,

Termin variabel, auf Anfrage.

Alexander Götz: AAGoetzels@web.de

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.

Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck

fremdes@gmx.de

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto	0163 8509508	
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX